

Links zu wichtigen SPD-Seiten im Netz

Neue Homepage des SPD-Ortsvereins: Besuchen Sie Ihren Ortsverein unter: www.spd-wernigerode.de

Die Jusos des Harzkreises: www.jusos-harz.de

Die zentrale Anlaufstelle: www.spd.de

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Die SPD in Sachsen-Anhalt: <http://www.spd-sachsen-anhalt.de>

Termine interessanter öffentlicher Veranstaltungen:

AG 60 plus an jedem ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr in der Seniorenbegegnungsstätte Steingrube <http://www.spdfraktion.de>
Bürgerstammtisch zu interessanten politischen Themen an jedem ersten Montag im Monat um 19.00 Uhr im Alten Amtshaus

Mischen auch Sie sich aktiv ein – für eine zukunftsorientierte Gesellschaft mit sozialem Charakter wollen wir das Machbare gestalten, hier in unserer Stadt! Kommen Sie zu unseren Veranstaltungen und finden Sie Mitstreiter.

Werden Sie Mitglied der SPD!

Für Luftschlösser sind andere zuständig.

SPD Wernigerode

Breite Straße 84

38855 Wernigerode

Telefon & Fax: 03943-632397 oder 03941-568692

E-Mail: spd-wernigerode@web.de

Vorsitzender des Ortsvereins: Ludwig Hoffmann

Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion: Rainer Schulze

Redaktion:

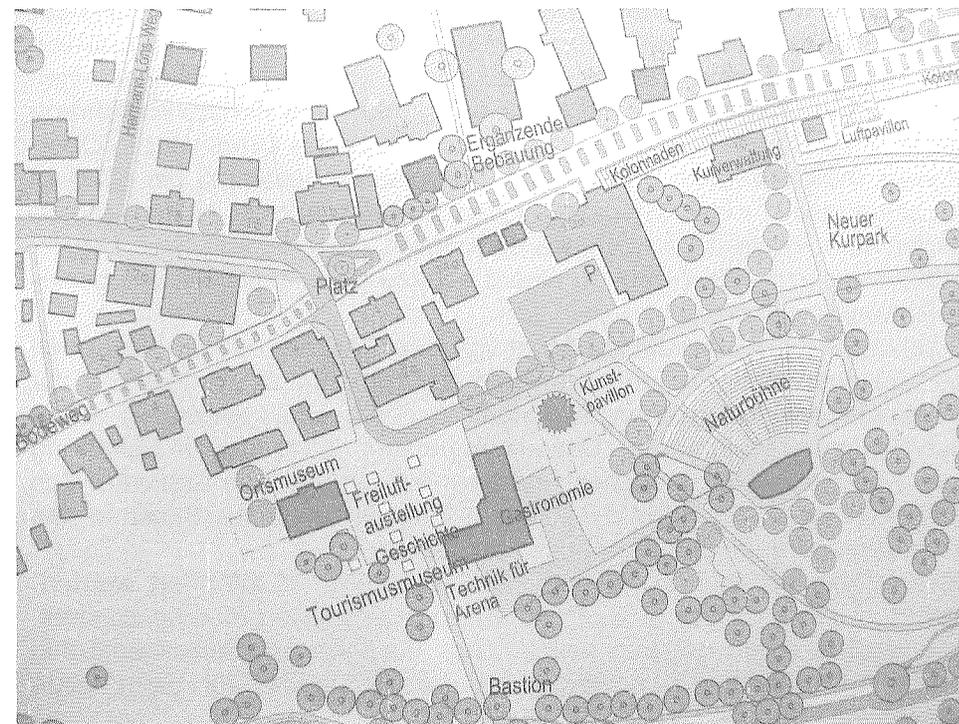
Sylke Möser, Ludwig Hoffmann, Rainer Schulze, Rolf Harder, Ralf Mattern, Peter Fröhlich

Bürger-Nachrichten

Der SPD-Ortsverein im Dialog

* Jahrgang 8 * Ausgabe 1 * Mai 2010

Was geht uns Schierke an?



Gestaltungsvorschlag für den Schierker Ortskern aus dem Projekt von Prof. Dr. Eisentraut

Mit der Eingemeindung nach Wernigerode haben die Schierker Bürgerinnen und Bürger die Erwartung verbunden, dass die Entwicklung des Ortsteils zum Erholungsort weiter fortschreitet. Die Stadt Wernigerode wird dieser Erwartung gerecht und hat das Büro von Prof. Dr. Eisentraut mit einer Perspektivplanung für Schierke beauftragt.

Das Büro hat zunächst den derzeitigen Stand für Schierke ermittelt. Das Entwicklungspotential des Ortes ist nicht zu unterschätzen, der Brocken ist ein zusätzlicher Magnet. Derzeit sind allerdings auch zahlreiche Defizite festgestellt worden.

Die Brockenstraße verläuft direkt durch den Ort, sie wird von etwa 2000 Fahrzeugen pro Tag benutzt. Parkplätze stehen nicht in ausreichender Anzahl zur Verfügung und das führt zu weiterem Suchverkehr. Durch den starken Fahrzeugverkehr ist die Erholungsqualität sehr eingeschränkt. Da häufig Bürgersteige nur sehr unzureichend zur Verfügung stehen, muss ständig auf die Fahrstraße ausgewichen werden. Unfallgefahren sind vorprogrammiert. Der Kurpark ist nicht sehr professionell gestaltet, und für einen Kurort wenig anziehend. Zahlreiche Hotels, besonders manche der großen Häuser stehen leer oder sind ruinös. Wegeverbindungen fehlen zum Teil, so ist eine Verbindung zwischen ehemaligem Heinrich-Heine-Hotel und Oberschierke nur durchs Tal, oder über die starkbefahrene Straße ohne Bürgersteig möglich. Der Charakter des Ortes wird in Oberschierke teilweise durch große DDR-Wohnbauten bestimmt, die mit dem Erscheinungsbild eines anspruchsvollen Kurortes schwer in Einklang zu bringen sind. Weitere Beispiele wären möglich.

Dieses führt Prof. Eisentraut zu einem ebenso einleuchtenden wie genialen Entwicklungskonzept.

So schlägt Prof. Eisentraut zunächst vor, den Ortskern auf der nördlichen und südlichen Seite zu umfahren und die bisherige Brockenstraße zur Fußgängerzone zu machen. Nur noch Anlieger und Lieferanten sollen nach Schierke hineinfahren. Dazu ist unbedingt notwendig die Schaffung eines Parkplatzes für Besucher, und zwar vor der Ortslage Schierke. Von dort sollen im Abstand von 5-7 Minuten kostenlose Shuttle-Busse in den Ort fahren und auch den Bahnhof einbeziehen.

Dieser Parkplatz kann so in den Hang vor dem Ort integriert werden, dass nicht der Eindruck eines Parkhauses oder großen Platzes entsteht, denn Bäume sollen erhalten bleiben, das Gelände wird terrassenförmig gestaltet. Unterhalb davon wird ein kleines Baugebiet für Eigenheime ausgewiesen und die Straße ausgebaut.

Ein neu zu schaffender Weg verbindet den Parkplatz zudem mit der Ortsmitte, dieser Weg verläuft am Hang, so dass die Ortsmitte bequem und ohne auf- und ab erreicht werden kann. Der Ortseingang, der bisher kaum wahrzunehmen ist, wird mit einem Haus in Form einer großen Köhlerhütte markiert, an dem die Besucher auch Informationen bekommen.

Zentraler Platz soll der Bereich um das Rathaus und das angrenzende Hotel Fürstenhöhe mit Saalbau werden. Davor verläuft die Fußgängerzone mit Pergola, die in den Kurpark übergeht und diesen erschließt. Die Fußgängerzone wird mit einem Weg verlängert, der über die Bode in den

Bereich eines zentralen Punktes am Barenberg mündet. Der Weg wird mit Holzgeländer eingefasst und naturnah gestaltet. Am Barenberg (etwa im Bereich des heutigen kleinen Parkplatzes) entsteht die Talstation einer Seilbahn auf den Wurmberg. Im Kurpark und im Bereich der leerstehenden Schule und Turnhalle soll eine Freilichtbühne entstehen, dazu ein Ausstellungs- und Veranstaltungszentrum. Die Freilichtbühne kann in das vorhandene Gelände eingepasst werden und fasst etwa 2000 Zuschauer. Die Bode und die naturgeschützten Zonen sollen mit Aussichtsplattformen vom Kurpark aus erschlossen werden, ein einfaches Naturbad, etwa an der Stelle des früheren Bades, soll die Attraktivität steigern. Die erforderlichen Maßnahmen sollen nach einem für 10-12 Jahre laufenden Plan nach und nach erfolgen.

Damit wird Schierke zu einem weiteren Anziehungspunkt in der Umgebung der Stadt Wernigerode. Da Schierke ja seit kurzem zur Stadt gehört, wird auch der Touristenstrom und die damit verbundenen Einnahmen weiter ansteigen. So wird Wernigerode nicht nur die bisherigen Erlebnisse der attraktiven Altstadt und des Schlosses anbieten, sondern am Weg durch den malerischen Harz auf den Brocken auch noch seinen Ortsteil Schierke, der das touristische Angebot durch weitere Attraktionen erweitert.

Es wird möglich, die Angebote für Wanderer weiter zu qualifizieren, eine gemeinsame Vermarktung zu entwickeln, die Zahl der Gewerbetreibenden und Hotels steigt und die Einnahmen der Stadt werden verbessert. Davon profitieren die Schierker ebenso, wie die übrigen Bewohner der Stadt.

Dass all dies nur mittelfristig zu erreichen ist, versteht sich von selbst. Zudem ist Geschick und Fingerspitzengefühl gefragt, um die Fördermöglichkeiten des Landes richtig einzusetzen, Ideen der Wernigeröder und der Schierker sollen unbedingt in die Projekte einfließen. Aber es ist sicher, dass damit im schönsten und attraktivsten Teil des Harzes eine echte Perle entstehen wird.

Rainer Schulze



Entwurf des Ortseinganges in Form einer großen Köhlerhütte mit Touristinformation von Prof. Dr. Eisentraut

Kurz vorgestellt: Für die SPD im Stadtrat

Sylke Möser

zur Person:

- Geb. 05.06.1965, verw., 1 Sohn, Diplomforstingenieurin (TU Dresden), parteilos
- Nationalpark Harz, Fachbereichsleiterin Waldentwicklung Land Sachsen-Anhalt, Öffentlichkeitsarbeit
- Stadträtin seit 2009, dort Mitglied im Bau- und Umweltausschuss
- weiterhin Mitglied im Aufsichtsrat der Tourismus GmbH sowie im Aufsichtsrat des IGZ, Vorsitzende der Gesellschaft „Schule der Nachhaltigkeit“ e. V. (Zanthier-Akademie), Mitglied im Landesforstverein Sachsen-Anhalt sowie im International Womens Club (IWC) und in der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), im Kunst- und Kulturverein Wernigerode, Fördermitglied des Hospizvereins Wernigerode



Zum Politikverständnis:

*Drei Eckpunkte bestimmen mein Handeln
nachhaltig im dreifachen Sinne
in einem spannenden Dreiecksverhältnis*

Eine studierte Försterin aus Schierke, die sich zugleich um die Entwicklung der Region und ihre Menschen kümmert. Geht das? Es geht.

Durch meine Arbeit im Nationalpark erlebe ich unmittelbar und fast täglich, dass ökologische, soziale und ökonomische Faktoren einander bedingen und zusammenwirken.

Aus diesem Grund begeistern mich Projekte, welche die Region um Wernigerode im Blick haben und in ihrer Gesamtheit voranbringen. Ganz besonders geht es mir dabei um Schierke, denn als Teil der Stadt-Gemeinschaft Wernigerode liegen hier ungenutzte Potentiale, die es in den folgenden Jahren zu heben gilt – für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen.

Mir liegt die Integration benachteiligter Menschen besonders am Herzen. Deshalb engagiere ich mich im IWC und ASF und unterstütze das Frauenzentrum Wernigerode.

Ich wünsche mir, dass Sie mit ihren Fragen und Anliegen direkt zu mir zu kommen, weil ich Sie ernst nehme. Wenn auch in einigen Fällen Antworten und Lösungen nicht sofort und unmittelbar gegeben werden können, dann sind diese in einem realistischen Zeitrahmen zu finden.

Wichtig sind mir offene und konträre Diskussionen, denn nur in diesen können wir uns und die Sache gemeinsam voranbringen. Dabei begrüße ich gegenteilige Ansichten, damit aus verschiedenen Blickwinkeln, Meinungen und Ansichten Neues entsteht.

Für ein solidarisch finanziertes Gesundheitssystem

Von Ludwig Hoffmann

Manch einer wird das Thema Gesundheitsreform nicht mehr hören können. Er verbindet das Wort mit Beitragserhöhungen, Verringerung der von den gesetzlichen Krankenkassen gezahlten Leistungen u. a. m. Warum ist das überhaupt so ein wichtiges Thema? Die wichtigsten Gründe:

- Die Gesundheitsfürsorge hat die Tendenz zur Verteuerung, weil die Medizin dank umfangreicher Forschungen immer mehr kann, weil wir deshalb eine im Durchschnitt wachsende Lebenserwartung genießen, weil mehr ältere Leute in der Regel mehr krank sind und weil durch die Bindung an den Arbeitslohn immer weniger Leute in die Kassen einzahlen.
- Gesundheitsfürsorge ist ein riesiger Markt: Was Pharma- und Medizintechnik an Hilfsmitteln entwickeln, wird immer komplizierter und teurer. Die vielen MitarbeiterInnen – ob in Krankenhäusern, in Arztpraxen oder Apotheken – wollen eine ihrer Leistung angemessene Entlohnung. Die Patienten dagegen jammern über steigende Beiträge und Zuzahlungen.
- Frühere CDU-FDP-Regierungen haben mit dem Argument des Wettbewerbs die Entstehung viel zu vieler Krankenkassen gefördert, was die Verwaltung verteuert.
- Die gesetzliche Krankenversicherung ist in gewissem Sinne ein System der „Solidarität der Schwachen“, weil sich Gutverdienende, Selbstständige und Beamte dem System systematisch entziehen können, um sich privat zu versichern. (Aber auch die stöhnen über stetig wachsende Beiträge).

Aus diesen vielfach gegensätzlichen Interessen entspringen Konflikte, die, so konnte man in den vergangenen Jahren sehen, mit harten Bandagen ausgetragen werden. Alle sagen, es muss sich etwas tun, aber die Frage ist: Was und Wie. Das Stimmengewirr ist groß und es werden ständig „neue Säue durch's Dorf getrieben. Allerdings kann man auf diesem Gebiet sehr deutlich sehen, wer in der Politik welche Interessen und Lösungsansätze vertritt.“

Die gegenwärtige CDU-FDP-Regierung will nun ihr schon lange verfolgtes Konzept der sogenannten Kopfpauschale realisieren. Das bedeutet: Jeder Versicherte bezahlt den gleichen Versicherungsbeitrag, ob er 500 oder 5000 Euro im Monat verdient. Belastet die Kopfpauschale mehr als 15 % des Einkommens, bekommen die Betroffenen einen Steuerzuschuss. Die reale Belastung für die Niedrigverdiener dürfte dabei sogar etwas höher liegen, weil auch diese Einkommensschichten an der Finanzierung ihres eigenen Steuerzuschusses beteiligt sind. Für alle anderen ist die Gesamtbelastung relativ geringer, und je höher das Einkommen eines Versicherten ist, desto geringer ist sein prozentualer Krankenversicherungsbeitrag. Die Gewinner der Umstellung wären gut verdienende Alleinstehende, die Verlierer einkommensschwache Familien und Rentner.

Dieses Modell macht also Millionen Geringverdiener zu Antragstellern für den Steuerzuschuss. CDU und FDP machen geltend, dass der Steuerausgleich deshalb gerechter wäre, weil 20 % der Einkommensteuerzahler 80 % des Gesamtaufkommens zahlen, während Geringverdiener keine oder eine sehr geringe Steuerbelastung haben. Nach Berechnungen des CDU-geführten Finanzministeriums müsste entweder die gesamte Einkommensteuer um drei bis fünf Prozent oder aber die Mehrwertsteuer um 2,5 bis vier Prozent erhöht werden.

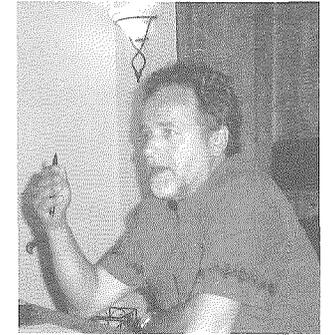
Die FDP verspricht aber umfangreiche Steuersenkungen. Woher sollen dann die zusätzlichen Steuermittel in Höhe von 10 bis 35 Milliarden Euro kommen? Man braucht kein Prophet zu sein, dass die Sozialausgaben die vorwiegende Quelle sein würden. Und die FDP rechnet den Steuerzuschuss klein. Das heißt: Den Steuerzuschuss gibt es nur für Mindestleistungen. Für qualifiziertere Leistungen sollen Privatversicherungen abgeschlossen werden – eine weiterer Schritt zur 2-Klassen-Medizin und zu weiteren Gewinnen bei den Privaten Krankenversicherungen.

Das Konzept der SPD ist die Bürgerversicherung. Der Gesundheitsexperte Prof. Karl Lauterbach beschreibt sie wie folgt: „Wir wollen auf Dauer statt Entsolidarisierung und Privatisierung eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen zu den gleichen Bedingungen versichert sein und entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gesundheitswesens beitragen. Sie sollen unabhängig von ihrem Erwerbsstatus in die Solidarität unseres Gesundheitswesens einbezogen sein. Sie schließt zukünftig auch die Gutverdienenden, Beamten und Selbstständigen in das solidarische System der Krankenversicherung ein. Außerdem würden auch Beiträge auf Miet-, Zins- und Kapitaleinkünfte erhoben.“ Der soziale Ausgleich erfolgt also direkt zwischen den Versicherten und nicht über den Weg der Beantragung von Unterstützung. Wer mehr verdient, zahlt mehr ein. Er trägt damit einen Teil der Kosten, die durch die geringeren Beiträge der Geringverdiener nicht gedeckt werden. „Die Bürgerversicherung ist keine Einheitskasse, sondern bietet mehr Qualität und Wettbewerb als heute... Es käme trotzdem nicht zu einer Einheitskasse. Neben den gesetzlichen Krankenkassen könnten sich auch die über 50 privaten Krankenkassen an der Bürgerversicherung beteiligen.“

Andrea Nahles, Generalsekretärin der SPD schrieb kürzlich: „Die Menschen wollen eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Und kein System, in dem die Krankenschwester so viel zahlt wie der Chefarzt, und in dem bis zu 40 Millionen Menschen nach dem Arztbesuch als Bittsteller aufs Amt gehen müssen... Nach den Plänen von Schwarz-Gelb müssten Millionen Menschen mehr zahlen, als sie sich leisten können. Die Folge: Sie müssten den so genannten Sozialausgleich beantragen und dafür ihre Bedürftigkeit nachweisen - so werden sie zu Bittstellern. Solange sich die Beitragshöhe wie heute an der individuellen Leistungsfähigkeit orientiert, ist dieser demütigende Weg überflüssig. CDU und FDP wollen mit einer kleinen Kopfpauschale beginnen, weil sie glauben, die Menschen würden dann nicht merken, wohin die Reise geht.“

Diese Politik haben wir vor 20 Jahren abgelöst

Auf der Feierstunde zum 20. Jubiläum der Wiedergründung der SPD in Wernigerode zitierte Gründungsmitglied Siegfried Siegel in seiner Festrede aus Protokollen der SED-Kreisleitung Wernigerode. Manchmal war es ja sogar witzig, zum Beispiel:



1988

- „Berichterstattung des staatlichen Forstwirtschaftsbetriebes Blankenburg über Erfahrungen und Ergebnisse der politisch-ideologischen Arbeit zur Gesunderhaltung der Wälder.“
Ob da jeder Baum seinen eigenen Agitator hatte?

- „Bedingt durch den milden Witterungsverlauf im ersten Quartal sowie eine gute Bevorratung im Jahr '87 war die Abrufbereitschaft der Bevölkerung bei Braunkohlenbriketts gering. Durch eine breite und zielgerichtete Effektivitätsarbeit ist zu erreichen, dass das Abrufverhalten bei der Bevölkerung positiv beeinflusst wird.“
Das muss wohl beim Volk falsch angekommen sein. Die Kohle, die die Menschen damals wirklich wollten, hieß D-Mark.

oder im Einsatzplan für die Kommunalwahlen 1984 stand:

- „Zur Sicherung einer straffen politischen Führung der Kommunalwahlen am 06. 05. 84 werden sechs Stützpunkte der Partei gebildet und für alle Orte verantwortliche Genossen als Beauftragte des Sekretariats eingesetzt. ... mit dem Ziel, die Wahlen in unserem Kreis mit dem bisher besten Wahlergebnis abzuschließen.“
Weiß noch jemand, ob das 99,97 oder 99,98 Prozent waren?

Was uns noch bewegt in Wernigerode?



Zum Beispiel die Frage: Wie kommt das Streugut von den Grünflächen?

In diesem Winter wurde fleißig gestreut. Dabei wurden oft auch die angrenzenden Grünflächen miterfasst. Mit der Straßenkehrmaschine wird das Streugut aber nur von den versiegelten Flächen gekehrt. Dort, wo das mit Salz versetzte Streugut auf die angrenzenden Rasenflächen gelangt ist wird wohl, wenn wir so weitermachen, bald nie wieder etwas wachsen. Können wir uns diesen Umgang mit unserer Natur wirklich auf Dauer leisten? Die Bunte Stadt am Harz mit verseuchten Wegrändern, wo kein Grün mehr wächst?

Haben Sie, liebe Leser, eine Idee, wie man dem Problem gerecht werden kann? Schreiben Sie uns Ihre Meinung an die umseitige Adresse des SPD-Ortsvereins. Unsere Stadträte sind für Ihre Anregungen dankbar.